

Welche Maßnahmen plant der Senat, um bei der geplanten Neueinrichtung beziehungsweise Erweiterung einer bestehenden Einrichtung Flüchtlingen und Asylbewerbern mit Behinderungen ein Mindestmaß von Privatsphäre und Selbstbestimmung zu ermöglichen?

Präsident Weber: Diese Anfrage wird beantwortet von Frau Senatorin Stahmann.

Senatorin Stahmann: Herr Präsident, meine Damen und Herren, sehr geehrte Abgeordnete Grönert! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: In der Stadtgemeinde Bremen erfüllt die Übergangswohnrichtung Wardamm in Huchting die baulichen Voraussetzungen eines barrierefreien Zugangs zu Eingängen sowie zu sanitären Anlagen. Aufgrund der baulichen Gegebenheiten der übrigen langjährig genutzten Einrichtungen für Flüchtlinge und Asylbewerberinnen beziehungsweise Asylbewerber kann ein barrierefreier Zugang nicht durchgängig erreicht werden.

Zu Frage 2: Der Senat sieht, dass behinderte Flüchtlinge oder Asylsuchende sich in einer besonders schwierigen Situation befinden. Ist die Unterbringung in einer Übergangswohnrichtung im Einzelfall nicht möglich, kommen Alternativen in Betracht, zum Beispiel eine barrierefreie Mietwohnung, eine stationäre Alten- und Pflegeeinrichtung oder in Bremen lebende Angehörige.

Zu Frage 3: Angesichts stark ansteigender Zugangszahlen wird die Neueinrichtung beziehungsweise Erweiterung bestehender Einrichtungen über die derzeitigen Kapazitäten hinaus notwendig. Dabei werden die Belange von Menschen mit Behinderungen im Hinblick auf Barrierefreiheit einbezogen. Im Falle der Anmietung und Nutzung des Hauses in der Eduard-Grunow-Straße ist vorgesehen, den Zugang zu drei Appartements auch für Rollstuhlfahrende barrierefrei zu gestalten. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Frau Kollegin Grönert, haben Sie eine Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Grönert** (CDU): Meines Wissens ist bisher keine Einrichtung barrierefrei. Wenn Sie jetzt sagen, die Zugänge in Wardamm sind barrierefrei, kann man das so auflösen, dass vielleicht die Zugänge barrierefrei sind, aber dann die sanitären Anlagen selbst, die Duschen und so weiter nicht? Ich weiß nicht, woher der Widerspruch kommt.

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Stahmann: Am Wardamm sind die Eingänge barrierefrei, und auch der Zugang zu den sanitären Anlagen ist barrierefrei. Dort ist dies gegeben, aber in den anderen Einrichtungen haben wir Probleme mit der Barrierefreiheit, beziehungsweise da gibt es einfach Barrieren für Menschen, die nicht so mobil sind, die entweder im Rollstuhl fahren oder auch auf Gehhilfen angewiesen sind. Da müssen wir zu Verbesserungen kommen.

Präsident Weber: Eine weitere Zusatzfrage des Abgeordneten Schmidtman!

Abg. **Schmidtman** (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Senatorin, es betrifft die von Ihnen angesprochene neue Einrichtung in der Eduard-Grunow-Straße. Sie hatten gesagt, dort seien drei Appartements barrierefrei. Ist es denn dort auch nachher gewährleistet, dass die Menschen mit Beeinträchtigungen andere in dem Gebäude besuchen können? Sind die Fahrstühle so ausgestattet, dass sich dort alle zum Beispiel auch in höheren Etagen treffen können, wird das auch gewährleistet?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Stahmann: Wir werden auf alle Fälle in diesen drei Appartements sicherstellen, dass die Türbreiten - wir sind ja darauf angewiesen, dass wir da spezielle Türbreiten haben - angepasst werden, auch Betten und sanitäre Anlagen in entsprechender Höhe angebracht werden und dass auch die Türöffner barrierefrei zu erreichen sind. Das werden wir sicherlich bei der Planung miteinbeziehen. Wie gesagt, wenn wir im Augenblick beeinträchtigte Asylsuchende haben, nutzen wir auch Pflegeeinrichtungen, die ja barrierefrei sind, oder greifen auch auf Mietwohnungen zurück, wenn wir kein entsprechendes Angebot haben, einfach damit die Menschen auch im Alltag klarkommen und nicht dauerhaft auf Hilfe angewiesen sind.

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die neunte Anfrage trägt die Überschrift „**Finanzierung der Beratung zu Wohnungsanpassungsmaßnahmen**“. Die Anfrage ist unterzeichnet von den Abgeordneten Schmidtman, Dr. Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Bitte, Herr Kollege Schmidtman!

Abg. **Schmidtman** (Bündnis 90/Die Grünen): Wir fragen den Senat:

In welcher Weise gedenkt der Senat, die Finanzierung der Tätigkeit der Beratungsstelle kom.fort, soweit sie Beratung und Informationen zum Thema Wohnanpassung und barrierefreie Planung, Bauen und Wohnen anbietet, dauerhaft zu sichern?

Präsident Weber: Diese Anfrage wird beantwortet von Frau Senatorin Stahmann.

Senatorin Stahmann: Herr Präsident, meine Damen und Herren, sehr geehrter Herr Abgeordneter Schmidtman! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Der Senat beabsichtigt, die Finanzierung aus Mitteln der Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen sowie des Senators für Umwelt, Bau und Verkehr sicherzustellen. Dazu soll mit dem Trägerverein eine entsprechende Leistungsvereinbarung abgeschlossen werden.

Zwischen beiden Ressorts sollen kurzfristig die noch offenen Fragen der finanziellen Beteiligung geklärt werden. Die finanzielle Absicherung der Beratungsstelle kom.fort soll für die nächsten Jahre sichergestellt werden. - Soweit die Antwort des Senats!

(Beifall bei der SPD)

Präsident Weber: Herr Kollege Schmidtman, haben Sie eine Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Schmidtman** (Bündnis 90/Die Grünen): Es ist in der letzten Sitzung des Ausschusses, der sich der UN-Behindertenrechtskonvention annimmt, die Frage aufgetreten, ob kom.fort auch für die „nette Toilette“ mitplant. Wenn Gastwirte Anfragen stellen, könnte kom.fort auch dort behilflich sein. Wir brauchen mehr barrierefreie öffentliche Toiletten, dazu haben wir gleich noch einen Antrag der CDU. Ich möchte wissen, ob dort auch die Fachkompetenz der Beratungsstelle in Anspruch genommen werden kann.

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Stahmann: Ich finde, es ist eine sehr gute Idee, Herr Schmidtman! Ich werde mich einsetzen, dass kom.fort diese Beratungen macht. Ich habe gehört, dass ohnehin kom.fort schon von Hoteliers angerufen wird, um sich beim barrierefreien Bauen und Umgestalten beraten zu lassen. Dies wäre doch auch für das Bauressort ein gutes Angebot, auf seine Kompetenzen zurückzugreifen.

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die zehnte Anfrage befasst sich mit dem Thema „**Nebensaison Werdersee**“. Die Anfrage ist unterzeichnet von den Abgeordneten Frau Wendland, Dr. Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Bitte, Frau Kollegin Wendland!

Abg. Frau **Wendland** (Bündnis 90/Die Grünen): Wir fragen den Senat:

Erstens: Warum sind im Zeitraum von September bis April die Toiletten am Werdersee geschlossen und Mülltonnen weitestgehend abgebaut?

Zweitens: Welche Möglichkeiten sieht der Senat, auch in der Nebensaison öffentlich zugängliche Toiletten und ausreichend Mülleimer zur Verfügung zu stellen?

Präsident Weber: Diese Anfrage wird beantwortet von Herrn Senator Dr. Lohse.

Senator Dr. Lohse: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Die Toiletten an den Badeseen werden unter der Regie des Sportamtes betrieben und sind für den Badebetrieb im Sommer konzipiert und nicht für den Ganzjahresbetrieb vorgesehen. An keinem der Badeseen in Bremen werden Toiletten im Winter betrieben. Die Gebäude verfügen über keine Heizung, sind daher nicht winterfest. Die wasserführenden Leitungen müssen im Herbst entleert werden, um Frostschäden zu verhindern. Ein Ganzjahresbetrieb ist nur mit einer Beheizung der Gebäude möglich. Dafür stehen weder die notwendigen Investitionsmittel für den Einbau von Heizungen noch die Bewirtschaftungsmittel für den laufenden Betrieb zur Verfügung.

Der Badestrand wird vom Umweltbetrieb Bremen im Auftrag des Sportamtes gereinigt. Dieser Auftrag wurde für den Zeitraum vom 16. April bis 15. September erteilt. Das Abfallaufkommen außerhalb der Badesaison ist stark reduziert. Aus diesen Gründen werden auch keine Mülltonnen mehr vorgehalten.

Die gesamte Grünanlage Kleine Weser/Werdersee von der Wilhelm-Kaisen-Brücke bis zur Wehrstraße wird vom Umweltbetrieb Bremen, UBB, im Auftrag des Senators für Umwelt, Bau und Verkehr unterhalten und ist aus Budgetgründen in der